

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB kritisiert, daß der Umweltschutz im letzten Jahr zurückgeworfen wurde: Innenpolitischer Verlierer des Jahres 1991.

Seite 1

Gernot Erler MdB beschreibt die Not einer Stadt: Kalter Wind in Sankt Petersburg.

Seite 3

47. Jahrgang / 1

2. Januar 1992

Innenpolitischer Verlierer des Jahres 1991

Der Umweltschutz in der Bundesrepublik wurde zurückgeworfen

Von Harald B. Schäfer MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Im Jahre 1991 ist der Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland zurückgeworfen worden. Die Bundesregierung hat im zurückliegenden Jahr die Weichen nicht für, sondern gegen die Ökologie gestellt. Zwar hat der Bundeskanzler dem Umweltschutz in seiner Regierungserklärung für diese Legislaturperiode verbal einen hohen Stellenwert eingeräumt; die Wirklichkeit hält diesem Anspruch jedoch nicht Stand.

Die immer wieder hervorgehobenen Erfolge in Teilbereichen, wie zum Beispiel bei der Verringerung der Schwefeldioxidbelastung und der Staubemissionen, dürfen den Blick für das Ganze nicht verstellen: Noch immer sind bei uns wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftswachstum mit zusätzlicher Umweltbelastung verbunden. Wir leben ökologisch noch immer über unsere Verhältnisse, wir leben auf Kosten der Natur, der Dritten Welt und der nach uns kommenden Generationen. Die Bundesregierung hat diesen Trend nicht umgekehrt, sie beschleunigt ihn vielmehr. Entsprechend sind auch die Fakten:

- Das Waldsterben in der Bundesrepublik geht weiter,
- die Klimagefahren nehmen zu,
- die Abfallberge wachsen,
- die Bodenbelastung wird größer,
- der Energieverbrauch steigt,
- der Straßenverkehr, vor allem der Güterverkehr, breitet sich aus,
- das Ozonloch wird größer.

Über diese Fakten gibt es im Grundsatz zwischen den Umweltpolitikern aller Fraktionen im Bundestag keinen Streit. Auch die Konsequenz, die sich aus diesen Fakten ergibt, ist im Grundsatz unbestritten. (Töpfer redet besonders oft darüber): Die Industrienationen, also auch die Bundesrepublik, müssen ihre Art zu produzieren und zu konsumieren, ihren Lebensstil, grundlegend ändern. Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftswachstum müssen mit geringerem Rohstoffverbrauch und abnehmender Umweltbelastung erfolgen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.



Es fehlt bei der Bundesregierung nicht das Wissen über die nationalen und globalen ökologischen Fehlentwicklungen, was fehlt, ist die Umsetzung des Wissens in konkrete Politik. Noch nie war der Unterschied zwischen dem vorhandenen Wissen, über das was geschehen müßte, und dem was tatsächlich geschieht, größer als heute.

Aus der Umweltpolitischen Liste des "nicht, noch nicht, jetzt nicht, so nicht" der Bundesregierung seien einige Beispiele genannt:

Der richtige Beschluß der Bundesregierung vom November 1990, die CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2005 um mindestens 25 Prozent zu verringern, ist bereits heute - ein Jahr später - Makulatur, da die Bundesregierung nicht eine einzige Maßnahme zur Erreichung dieses Zieles realisiert hat. Den nationalen Alleingang als Vorreiter in Sachen Klimaschutz (Klimaschutzsteuer/CO₂-Abgabe), vor der Bundestagswahl laut verkündet, ist zwischenzeitlich aufgegeben worden. Die längst überfällige Novellierung des Energiegesetzes steht aus, die Neufassung der Wärmedämm-Verordnung kommt nicht voran, es fehlt ein Programm zur steuerlichen Förderung des Energiesparens und zur Markteinführung erneuerbarer Energien. Statt dessen wird die steuerliche Förderung energiesparender Technologien (§ 82a EStDV) abgeschafft und die Renaissance der ebenso risikoreichen wie kostspieligen Atomenergie betrieben, wie die energiepolitischen Leitlinien der Bundesregierung vom Dezember 1991 zu genüge belegen.

Insgesamt ist die Umweltpolitik der Bundesregierung durch unzählige Ankündigungen gekennzeichnet. Eine Auswahl davon:

- Abfallabgabe, angekündigt für März 1989. Stand heute: Fehlanzeige, es liegt kein Gesetzentwurf vor.
- Bodenschutzgesetz, angekündigt seit Mitte der 80er Jahre, Stand heute: Fehlanzeige.
- Naturschutzgesetz, angekündigt seit Mitte der 80er Jahre, Stand heute: Fehlanzeige.
- Abfallbeseitigungsgesetz, angekündigt seit 1986. Stand heute: Fehlanzeige.
- Tempolimit, vom Umweltminister bisweilen befürwortet. Stand heute: Fehlanzeige.
- Regelung zur Begrenzung des Kraftstoffverbrauchs von Pkw, vom Umweltminister seit 1989 wiederholt angekündigt. Stand heute: Fehlanzeige.

Die Liste ließe sich verlängern. Wenn und wo die Bundesregierung tatsächlich entscheidet, fällt die Entscheidung in der Regel zu Ungunsten der Umwelt aus: So beim unseligen Verkehrswegebeschleunigungsgesetz, wo Bürgerrechte und Umweltverträglichkeitsprüfung auf der Strecke blieben, so bei der durch die Töpfer'sche Verpackungsverordnung ausgelösten Dualen System, wo keine unnötige Verpackung vermieden wird.

Es geht kein Weg daran vorbei: die Ökologienpolitik der Bundesregierung ist nur das fünfte Rad am Wagen. Die Umweltpolitiker der Koalition stehen mit dem Rücken zur Wand. Alles deutet darauf hin, daß sich dieser Trend 1992 noch verstärkt.

(-/2. Januar 1992/jr/fr)

Kalter Wind in Sankt Petersburg

Notizen zur Not einer Stadt

Von Gernot Erler MdB

'In Petersburg weht einem der Wind immer ins Gesicht.' Diese dichterische, meteorologisch natürlich unhaltbare Zustandsbeschreibung scheint zur Zeit besonders gut auf die trotzige Stadt an der Newa zuzutreffen. Vom Beschluß Peters des Großen an, ausgerechnet in dieses Sumpfgelände Rußlands wichtigsten Hafen zur Ostsee und sein Fenster zum Westen hin-zupflanzen, muß sich Petersburg immer nur wehren: gegen die Natur, gegen die Armut, gegen die Feinde. In diesen Wochen wird ein neues Kapitel des Lebenskampfes dieser kampferprobten Stadt geschrieben. Das Problem dabei ist die schwere Faßbarkeit des Feindes.

Leningrad war die Rüstungsschmiede der Sowjetunion. Die Waffenaufträge aus Moskau si-cheren 1,5 Millionen Spezialisten und Arbeitern in 180 Betrieben und riesigen "Militär-industri-ellen Komplexen" sowie unzähligen erstklassigen Forschungseinrichtungen und Labors ein gutes Auskommen. Die Stadt wurde - wie auch Moskau - bevorzugt mit den Gütern des tägli-chen Bedarfs beliefert. Leningrader sein zu dürfen war in der alten Union ein Privileg, gleich nach dem, in Moskau leben zu können.

Inzwischen ist nicht nur der Name Weg. Die Mehrheit der Stadt, wo der Sturm auf das Winter-palais des Zaren die Oktoberrevolution eingeleitet hat, wollte den alten Namen Sankt Peters-burg wiederhaben. Aber - symbolisch genug - selbst das funktioniert nicht. Die erste Leucht-schrift, die der Ankömmling auf dem Flughafen erblickt heißt "Leningrad" - das Geld reicht nicht für die Auswechslung. Die alten Privilegien greifen nicht mehr. Aus Moskau bleiben mit den Staatsaufträgen für die Rüstungsbetriebe (sie stellen 70 Prozent der Arbeitsstätten) auch die Gelder und die Lebensmittellieferungen aus. Noch sind offiziell lächerliche 500 Mann arbeitslos gemeldet, aber für den Jahresanfang erwartet man 60.000, im ganzen Jahr 1992 dann 300.000 Arbeitsplatzverluste.

In einer Gesellschaft, die noch kein Arbeitslosengeld kennt, bringt dies die nackte Not in Tau-sende von Familien. Aber die eigentliche Katastrophe für die Stadt am Finnischen Meerbusen entsteht durch die Auflösung der alten Wirtschaftsstruktur. Die ganze Sowjetunion ist zum Na-turalkaustausch zurückgekehrt. Regionen und Städte schließen sogenannte Barter-Verträge nach dem Muster: Du kriegst Kohle, wenn Du uns Fleisch lieferst. Bisher schickte die Ukraine den Brennstoff, Estland die benötigten Lebensmittel in die Stadt. Sie haben damit aufgehört, denn Petersburg hat nichts interessantes anzubieten. Waffen will keiner.

Witalij Wasiljewitsch Dowguscha ist ein energischer Mann. Managertyp von der zukunfts-fähigen Sorte, leitet er doch bis heute das "Forschungsinstitut für Hygiene des Seetransport" mit 500 Mitarbeitern. Hinter dem Namen verbirgt sich Militärforschung für die Baltische Flotte. Auf-träge dieser Art wird es nicht mehr geben. Witalij Wasiljewitsch ist nicht der Typ, der das Schicksal beklagt und die Hände in den Schoß legt. Er brachte 16 Forschungseinrichtungen und Betriebe zusammen zu einer "Assoziation Medizin, Ökologie, Konversion" und ließ sich zum Präsidenten wählen. Erstaunlich, welche technischen Möglichkeiten, zum Beispiel zur Be-seitigung chemischer Altlasten, diese Firmengruppe anbieten kann. Das Problem ist nur, eine Nachfrage zahlungsfähiger Interessenten gibt es nicht. Das alte System ist zusammenge-kracht, der "Markt" funktioniert noch nicht. Auf die Frage, wie die Mitglieder seiner Assoziation die Übergangszeit überbrücken können, zuckt Dowguscha mit optimistischem Lächeln die Achseln. Er selbst wird bestimmt irgendwie durchkommen.

Dima arbeitet nicht für die Rüstungsindustrie. Er ist promovierter Astronom, eine Kapazität an seinem Institut. Sein Familienname macht seine jüdische Herkunft kenntlich. Die Tochter trägt vorsichtshalber den Namen der Mutter - wer weiß, wann wieder mal die Juden für alles Unglück erhalten müssen. Dima verdient zu wenig, um die Familie ernähren zu können, obwohl beide Erwachsene arbeiten. Die Preise galoppieren davon, jetzt schon, und im Januar sollen auch die Preise der Grundnahrungsmittel freigegeben werden. Dann wird es weiter Fleisch, Wurst, Butter, Eier, Mehl, Teigwaren, Zucker Alkohol und Zigaretten auf Bezugsscheinen geben, aber zu welchem Preis? Sowie so kommt man ohne die Kolchosmärkte mit ihren Phantasiepreisen nicht aus. Zum Beispiel, wenn man Äpfel haben will. Dimas Frau geht dort regelmäßig hin, aber sie kauft nicht alles. Bei den Äpfeln will sie genau wissen, wo sie gepflückt wurden. Sie hatte den Verkäufer in ein längeres privates Gespräch verwickelt und war dann sicher, daß er tatsächlich aus der Region von Odessa kommt - außerhalb der von Tschernobyl verseuchten Gegend. Sie hat gekauft. Aber Dima muß sich was überlegen, damit das Geld langt. Er hat eine Idee: Auf den hochspezialisierten Computern des Instituts kann man auch Texte verarbeiten, ganze Buch-Manuskripte setzen und formatieren. Wäre das nicht eine Dienstleistung, an der auch Auftraggeber im Westen Interesse haben könnten? Man würde sicher jeden Preis unterbieten. Das Problem ist aber der Transport. Dima hofft trotzdem. Er hat keine Alternative.

Viele andere haben die sowieso nicht: die Rentner (allein 1,3 Millionen in Petersburg), Studenten, Kinder in den Heimen, die Versehrten und Kranken, die zunehmenden Zahl der "Lumpen", ein Lehnwort aus dem Deutschen, das zur Zeit Konjunktur hat. Die "Lumpenistassija" der Gesellschaft, ihre Verelendung schreitet fort. Denn für all diese Gruppen bleiben die Rubel-Bezüge auf niedrigstem Niveau stecken, während eine Preiswelle die nächste jagt. Es fehlen Babyahrung, Medizin, Kleidung und vor allem Schuhe für Kinder. Man würde jetzt sogar gebrauchte Kinderschuhe nehmen, weil einfach nichts da ist! Aber nicht überall herrscht Not. Die eleganten Restaurants am Newskij-Prospekt sind zu jeder Tageszeit voll. Wie üblich krachen die Tische fast unter der Last der Vorspeisen-Platten, von denen roter und schwarzer Kaviar blinkt. Batterien von Flaschen mit Bier, Wodka und Krim-Sekt beherrschen die Tisch-Mitten. Aber eine solche Mahlzeit kostet 400 Rubel aufwärts. Ein Rentner kriegt 90 Rubel - im Monat. Alles ist regelrecht "verrückelt". Für eine D-Mark erhält der Ausländer jetzt 56 Rubel. Wer dem Fahrer 5,00 DM Trinkgeld gibt, hat ihm ein zusätzliches Monatseinkommen eines Lehrers ausgehändigt. In dem Kunstgeschäft am Aufstands-Platz drücken sich die typischen russischen Mütterchen mit ihren Einkaufstaschen in der Hand an verschlossenen Glasvitrinen die Nasen platt. Was da an schönen buntlackierten Holz- und Blechkästen und Schatullen aus dem berühmten Volkskunst-Dorf Palech angeboten wird, konnten sie zum Neujahrsfest niemandem schenken: Die Preise gehen rauf bis 20.000 Rubel. An der Kasse tauchen gelegentlich Neureiche auf und blättern ganze Rubel-Bündel hin. Wir haben Beschreibungen solcher Zustände aus der historischen Phase der NEP-Zeit nach 1921. Damals gelang es nicht, auf marktwirtschaftlicher Basis ein Auskommen für die Breite der Bevölkerung zu schaffen. Die Zeit endete mit den Gewalttaten der Kollektivierung und Industrialisierung.

In den Schränken vieler Familien stehen jetzt übergroße Dosen mit Milchpulver aus EG-Beständen. Dies ist so ziemlich das Einzige aus den Soforthilfsprogrammen des Westens, das "unten" auch angekommen ist. Die meisten haben neben der Trockenmilch noch ein paar bescheidene Vorräte gehortet. Panik herrscht keine. Aber der Wind bläst ständig, und immer ins Gesicht, egal in welche Richtung man geht.

(-/2. Januar 1992/r/fr)
